

# Bit, Byte, Parteien und die Herausforderung der neuen Technologien

Autor(en): **Hertig, Hans Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **26 (1986)**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172519>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hans Peter Hertig

# Bit, Byte, Parteien und die Herausforderung der neuen Technologien

Den Parteien kommt traditionellerweise eine wichtige Funktion im Prozess der Politisierung und gesellschaftlichen Verankerung neuer Problemfelder zu. Am Beispiel der «neuen Technologien» wird im vorliegenden Beitrag dargelegt, wie weit die schweizerischen Parteien bei materiell komplexen, in die Zukunft gerichteten Fragestellungen diesem Anspruch (noch) zu genügen vermögen. Verschiedene Indizien sprechen für ein relativ schwach entwickeltes, in den beiden letzten Jahren aber deutlich gestiegenes Problembewusstsein; mittelfristig ist eine Verstärkung und Verbreiterung der Parteiaktivitäten in diesem Bereich zu erwarten. Dem steht jedoch der Umstand gegenüber, dass die schweizerischen Parteien über geringe eigene Analysekapazität verfügen. Ohne Ausbau einer eigenen wissenschaftlichen Politikberatung erscheint es fraglich, ob sie in der Lage sind, das notwendige politische Gegengewicht zum sich selbst legitimierenden Sachverstand der übrigen Entscheidungsträger im Prozess der technologischen Innovation zu schaffen.

Il incombe traditionnellement aux partis de politiser les nouveaux problèmes et de les ancrer dans l'opinion publique. Lors de questions matériellement complexes et tournées vers l'avenir, jusqu'à quel point les partis suisses sont-ils (encore) capables de remplir cette fonction? Ce rapport va tenter d'y répondre en prenant l'exemple des «nouvelles technologies». Divers indices montrent que la prise de conscience de ce problème, relativement peu développé, s'est visiblement accrue ces deux dernières années; on peut s'attendre, à moyen terme, à ce que les partis augmentent et étalent leurs activités dans ce domaine. Cependant les propres capacités d'analyse dont disposent les partis suisses sont fort restreintes. Sans extension interne du conseil scientifique en vue des décisions politiques, il paraît douteux que les partis soient à même de constituer le contre-poids politique nécessaire face aux contraintes, posées par les autres organes de décision dans le processus d'innovation technologique.

## I. Das Problemfeld «Neue Technologien»

Technologien entstehen und entwickeln sich in enger Wechselwirkung mit den ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen. Die Feststellung ist banal und doch . . . wer die aktuelle Diskussion über die Bedeutung neuer Technologien als Wachstums- und Prosperitätsfaktor der kommenden Jahrzehnte mitverfolgt, ist erstaunt, wie oft dabei einfachste Elemente des an sich unbestrittenen Wirkungszusammenhanges auf der Strecke bleiben. Da wird von der rasant wachsenden Integrationsdichte elektronischer Speicher direkt auf weltweiten Wohlstand extrapoliert. Da werden Bedarfsstrukturen unkritisch zum Faktum erhoben, nach denen der zukünftige Medienkonsument nicht Ruhe gibt, bis er über digitalisierte Breitbandglasfaserkabel sein hundertstes Satellitenprogramm empfängt. Und da genügt die Bereitstellung von Bauland für einen Technologiepark, um aus jedem Bergtal ein Silicon Valley zu machen. Kurz: da wird deterministisch einer Eigengesetzlichkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes das Wort geredet und bleiben sowohl Bedingungen wie auch Folgeabschätzungen der Technologieentwicklung ausgeklammert, als ob die Erfahrung vergangener industrieller Revolutionen und Technologieschübe nie gemacht worden wären.

Auf was stützt sich dieser oft geradezu euphorisch vorgebrachte Zukunftsoptimismus? Realen Hintergrund bilden die spektakulären Fortschritte und damit in Verbindung gebrachte Anwendungsmöglichkeiten einiger heutiger Spitzentechnologien. Vor allem in den Informationstechnologien steckt ein Entwicklungspotential, wie es in der Geschichte der Technik zweifellos erstmalig ist. Informationsverarbeitung ist der Schlüssel für Innovation, dem rationellen Einsatz knapper Produktivkräfte zur Befriedigung sich wandelnder Bedürfnisse (Schumpeter) und auf Innovation ist das Gros der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungszunahme zurückzuführen. Wenn sich nun diese Informationsverarbeitung über neue Technologien selbst rationalisiert, wird ihre Wirkung auf Innovation bzw. Produktionsentwicklung potenziert. Und dies, eine gewaltige Effizienzsteigerung an der Basis, ist mit und seit der Erfindung der Technik integrierter Schaltungen in den beiden letzten Jahrzehnten erreicht worden. Die Zahl der auf einem einzigen Siliciumplättchen von einigen Millimetern Kantenlänge (Chip) integrierbarer Transistoren hat sich jährlich verdoppelt und die Geschwindigkeit um einen Faktor Hundert erhöht. Der fingernagelgrosse Mikroprozessor der neusten Generation leistet mehr als die in den frühen sechziger Jahren erbauten Computeranlagen in Saalgröße<sup>1</sup>.

Dabei stehen diese Fortschritte in der Mikroelektronik nicht allein. In andern Spitzentechnologien wie der Optoelektronik, der Lasertechnologie oder der neuen Werkstoffe – um nur einige zu nennen – waren in den letzten

<sup>1</sup> Zu den Entwicklungstendenzen der Informationstechnologien vgl. Ch. Lutz, *Westeuropa auf dem Weg in die Informationsgesellschaft*, Rüslikon 1984.

Jahren ähnliche bedeutende Entwicklungsschübe zu verzeichnen. Ihre gegenseitige Integration schafft nahezu unbegrenzte Anwendungsmöglichkeiten im Produktions-, Dienstleistungs- und Freizeitbereich: computerunterstützte Entwicklung und Fabrikation, Robotik, neue Transport- und Lagertechniken, neue Formen des Marketings, Büroautomatisation, Fernmeldewesen, Unterhaltungselektronik . . . Schon heute werden in den OECD-Staaten rund die Hälfte der Beschäftigten und zwei Drittel des Wirtschaftslebens in der einen oder andern Weise von den Informationstechnologien beeinflusst; auf längere Sicht wird sich kaum ein Wirtschaftszweig ihrem Einfluss entziehen. Ein weiteres kommt dazu: Zu Hoffnungen Anlass gibt nicht nur das technische Innovationspotential und der theoretisch nahezu unbegrenzte Anwendungsbereich, auf den ersten Blick äusserst optimistisch stimmen müssen auch die in den letzten Jahren tatsächlich erzielten wirtschaftlichen Erfolge. In einer Zeit der allgemeinen Rezession verzeichneten die Informationstechnologien jährliche Wachstumsraten von 8 bis 10 Prozent<sup>2</sup>. Die insbesondere durch die Miniaturisierung in der Mikroelektronik erreichten enormen Kostensenkungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Und dieser Prozess scheint sich weiter zu beschleunigen. Innerhalb von nur 5 Monaten ist der Preis für integrierte Schaltkreise der neusten Generation um fast 50 Prozent gefallen; die ältere Generation brauchte für den gleichen Preiszerfall immerhin noch 25 Monate.

Dass die hier in äusserst knapper Form anhand der Informationstechnologien skizzierten Entwicklungslinien und Perspektiven zu grossen Hoffnungen verleiten, ist somit gerade in einer Zeit des langen Wartens auf den wirtschaftlichen Aufschwung durchaus verständlich. Und Hoffnungen sind denn gewiss auch angebracht. Damit sie sich erfüllen, bedarf es längerfristig aber mehr als des spektakulären technischen Fortschritts. Wenn nicht entsprechende Anpassungen und Reformen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen erfolgen, wird die Entwicklungsdynamik der modernen Technologien bald einmal zum Stillstand kommen bzw. sich auf jene Nationen konzentrieren, die das entsprechende Umfeld rasch und effizient zu schaffen wissen.

### *1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen*

Primäres Kriterium bei der Entwicklung und Anwendung der neuen Technologien in der freien Marktwirtschaft ist die Erhöhung des unternehmerischen Gewinns, sei es durch Kostensenkungen, die Erschliessung neuer Märkte oder die Verdrängung nationaler sowie internationaler Konkurrenten. In dieser Perspektive sind von den privaten Unternehmern durchaus positive Produk-

<sup>2</sup> Nach Schätzungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. *Das Europa der neuen Technologien*, Brüssel 1984.

tions- und Innovationsentscheidungen im Bereich der neuen Technologien zu erwarten. Der internationale Konkurrenzdruck ist ausserordentlich hoch, die Zahl potentieller neuer Märkte nahezu unbegrenzt und Kostensenkungen bzw. ein hohes Rationalisierungspotential gehören zu den Merkmalen der gegenwärtigen technologischen Revolution. Wenn dennoch bezüglich der bestehenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen optimalen Innovationsprozess von der Forschung bis zur erfolgreichen Markteinführung gewisse Zweifel angebracht erscheinen, so vor allem aus folgenden Gründen:

Die neuen Technologien sind, was ihr Einsatz im Produktionsprozess betrifft, ausserordentlich kapitalintensiv. Angesichts der weltweit hohen Zinssätze und der traditionell zurückhaltenden Politik der Banken im Bereich neuer, für sie unbekannter und damit risikoreicher Investitionssektoren, ergeben sich für den investitionswilligen einzelnen Unternehmer teilweise erhebliche Finanzierungsschwierigkeiten. Um diesen wirkungsvoll zu begegnen, muss mit bewährten ordnungspolitischen Grundsätzen gebrochen werden: Die Entwicklung neuer Technologien und darauf gründender Produkte und Verfahren bedarf der Förderung durch den Staat. Selbst extrem marktwirtschaftlich orientierte Nationen wie die USA und die BRD schrecken nicht davor zurück, eindeutig praxisorientierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit massiv zu unterstützen. Dagegen tut sich gerade unser Land in dieser Beziehung ausserordentlich schwer. Die Diskussion um die Errichtung einer Investitionsrisikogarantie hat gezeigt, dass hierzulande noch als Sündenfall gilt, was andernorts längst als dem Technologiewandel angepasste moderne Wirtschaftspolitik erkannt worden ist<sup>3</sup>. Eine ähnliche Zurückhaltung zeigt sich bei Initiativen zugunsten einer stärkeren Öffnung zum europäischen Markt bzw. einer Beseitigung entsprechender nicht-tarifarischer Handelshemmnisse, einer engeren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft oder eines stärkeren Engagements des Bundes bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die über den Grundlagenbereich hinausgehen.

Ein zweiter, die erwartete Diffusionsgeschwindigkeit der neuen Technologien möglicherweise bremsender Faktor ist die Verfügbarkeit über qualifizierte Arbeitskräfte. Neue Technologien führen zu veränderten Qualifikationsanforderungen. Vollzieht sich die technologische Entwicklung ausserordentlich rasch, so ist das relativ träge Ausbildungssystem bald einmal nicht mehr in der Lage, das für die optimale Nutzung der technologischen Möglichkeiten notwendige Know-how sicherzustellen. Auch hier stellt sich das an sich generelle oder zumindest europaweit beobachtbare Phänomen mit besonderer Schärfe in der Schweiz. In unserem Lande ist die Ausbildung von Fachkräften für die Entwicklung und den Einsatz moderner Schlüsseltechnologien ver-

3 R. K. Appleyard, *Financement du changement technique*, Paris 1984 (OECD) oder als Beispiel für konkrete Massnahmen in einer führenden Industrienation: Foreign Press Center Japan, *White Paper on Science and Technology 1985*, Tokio 1985.

später an die Hand genommen worden. Selbst mit grössten zusätzlichen Anstrengungen wird es einige Jahre dauern, bis der bestehende Nachholbedarf in verschiedenen Ingenieurrichtungen und insbesondere der Informatik gedeckt werden kann<sup>4</sup>. Gleichzeitig bestehen Lücken in der Grund- und Weiterbildung auf unteren Stufen, so etwa im Hinblick auf den Gebrauch moderner Informationstechnologien als Arbeitsinstrumente im Dienstleistungsbetrieb.

Ob die hier erwähnten oder andere wenig optimale Rahmenbedingungen<sup>5</sup> für das bereits bestehende und im Vergleich zu andern Industrienationen wachsende Technologiedefizit der Schweiz die Verantwortung tragen, ist schwierig auszumachen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang sicher auch das Fehlen eines einheimischen Marktes für fortgeschrittene Technologien im Sinne eines Pilotmarktes, der der Schweizer Industrie innovative Impulse verleihen könnte, eine Funktion, die in andern Nationen durch Rüstungs- und Raumfahrtsbehörden wahrgenommen wird. Hinzuweisen wäre aber auch auf innerbetriebliche Schwächen, wie den Umstand, dass ein grosser Teil des schweizerischen Managements offensichtlich Mühe bekundet, etablierte Unternehmensformen den neuen Bedürfnissen bezüglich Führung, Organisation und Arbeitsformen anzupassen<sup>6</sup>. Wie auch immer diese Faktoren zu gewichten sind, die Schweiz gerät im europäischen Konkurrenzkampf und im Vergleich zu den Industriegiganten Japan und USA in Rückstand. Sie hat als einziges OECD-Land den Anteil hochtechnologischer Güter am Industriewarenexport nicht zu steigern vermocht<sup>7</sup>. Ohne zusätzliche unternehmerische Anstrengungen sowie bildungs- und wirtschaftspolitische Massnahmen wird sie von den neuen Schlüsseltechnologien trotz potentiell günstiger Voraussetzungen keine Wunder erwarten können.

## 2. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Technik ist kein gesellschaftsfreier Raum; sie muss an die bestehenden gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst werden, wie andererseits die Gesellschaft Fähigkeiten der Technikbeherrschung zu entwickeln hat und sich dabei selbst

4 Vgl. *Botschaft über Sondermassnahmen zugunsten der Ausbildung und Weiterbildung sowie der Forschung in der Informatik und den Ingenieurwissenschaften*, Bern 1985.

5 Zur Beziehung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und technologischem Fortschritt weiterführend: P. A. David, *Technological Innovation and Economic Growth. Perception and Politics in the 1980's*, Stanford 1985 sowie Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), *Technischer Fortschritt. Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt*, Düsseldorf/Wien 1980.

6 C. Pümpin, *Redimensionierung oder neuer Pioniergeist? Ansätze zur Bewältigung des Strukturwandels in der schweizerischen Wirtschaft*, Zürich 1985. Grundsätzlicher: J. Naisbitt, *Reinventing the corporation: Transforming your job and your Company for the new information society*, New York 1985.

7 Botschaft über Sondermassnahmen . . . , a. a. O., S. 8 f.

weiterentwickelt<sup>8</sup>. Weder bietet die blossе Entfesselung der instrumentellen Vernunft in Wissenschaft und Technik Gewähr für ein menschenwürdiges «besseres» Leben, noch können es sich gesellschaftliche Institutionen und die Betroffenen leisten, vor dem wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt die Augen zu schliessen. Die Beziehung ist äusserst sensibel, tangiert sie doch wesentliche Elemente der Macht- und Herrschaftsstruktur. Technologieentwicklung hat mit Interessen zu tun; dass sie auf allgemein akzeptierte Ziele wie eine soziale und umweltverträgliche, allgemeinen Wohlstand sichernde Industriegesellschaft zusteuert, kann erhofft, aber nicht von sich aus erwartet werden. Kurz: gesellschaftliche Akzeptanz und gesellschaftliche Kontrolle bilden Grundvoraussetzungen für den erfolgreichen technologischen Fortschritt; ohne Akzeptanz hat Technik als Ware keine Verkaufschance, ohne Kontrolle läuft sie Gefahr, gesellschaftliche Kosten nicht hoch genug einzuschätzen bzw. Einzelinteressen unterzuordnen.

Nun scheint die gesellschaftliche Akzeptanz bezüglich Einsatz und Gebrauch neuer Technologien heute relativ gering zu sein. Entsprechende Studien berichten von einer im allgemeinen hohen Skepsis in weiten Teilen der Bevölkerung und dies sowohl was die allgemeine Beurteilung des technischen Fortschrittes, wie auch Einstellungen zu konkreten Errungenschaften der Technikentwicklung betrifft. Selbst bei einer angesichts der teilweise fragwürdigen Befragungskonzepte relativierten Beurteilung lassen die Ergebnisse einzelner Repräsentativbefragungen aufhorchen. Nach einer im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie der BRD durchgeführten Sekundäranalyse ist die Zahl derer, die Technik als Segen betrachten, zwischen 1966 und 1984 von 72 auf 32 Prozent zurückgegangen. Technik-Skepsis konkretisiert sich dabei aufgrund anderer Untersuchungen vor allem am Problem der Umweltbelastung, der Technisierung zwischenmenschlicher Beziehungen sowie am ausgeprägtesten bezüglich Beschäftigungsrisiken. Ähnliche Befürchtungen mögen sich hinter den Antworten in einer kürzlich in der Schweiz durchgeführten Repräsentativbefragung verbergen: Lediglich 24 Prozent der Befragten erwarten von Computern eindeutig mehr Vorteile als Nachteile<sup>9</sup>. Aber auch auf dem Käufermarkt für Technologieprodukte – ein im Vergleich zu Meinungsumfragen zuverlässigerer Zeuge für die gesellschaftliche Vermittelbarkeit des technischen Fortschritts – sind erste Wolken

8 Wichtige Unterlagen für die hier und im folgenden Kapitel skizzierten Überlegungen bildeten unveröffentlichte Papiere, die anlässlich des letzten Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zum Thema «Politik und die Macht der Technik» (Bochum 1985) vorgelegt worden sind, insbesondere: U. von Alemann, *Demokratie und Technik*; M. Dierkes, *Technologiefolgeabschätzung und die Rolle von Parlament, Regierung, Wissenschaft und Gesellschaft*; P. Kevenhörster, *Chancen und Risiken der neuen Technologien für das politische System*; O. Ullrich, *Die Asymetrie der Chancen bei neuen Technologien* sowie J. Fijalkowski / H. D. Klingemann, *Akzeptanzprobleme und Bewältigungsstrategien*. Dazu für viele: A. Schaff, *Wohin führt der Weg*, Wien 1985 (Club of Rome).

9 Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung. *Der Schweizer und die moderne Technologie*, Zürich 1985.

aufgezogen. Insbesondere im Bereich der Telekommunikation vermochten sich einige Produkte, denen noch vor Jahren eine glänzende und nahe Zukunft vorausgesagt wurde (Videotex), bisher kaum durchzusetzen. Und schliesslich regt sich dort, wo sich die Befürchtungen bezüglich Freisetzung von Arbeitsplätzen unmittelbar konkretisieren, wo die Auswirkungen neuer Technologien auf innerbetriebliche Kommunikations-, Organisations- und Machtstrukturen sichtbar werden oder sich neuartige Belastungen am Arbeitsplatz einstellen, erster Widerstand. Er reicht von landesweiten Arbeitsniederlegungen ganzer Berufsgruppen – wie etwa im graphischen Gewerbe in Grossbritannien – über systemimmanente Gegenstrategien – so der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft – bis zum (noch unbeachteten) individuellen Widerstand und Aussteigen.

Die erschütterte Technikakzeptanz grosser Teile der Bevölkerung – das Phänomen ist in den beiden führenden Industrienationen Japan und USA im übrigen bedeutend weniger ausgeprägt als in Europa – hat reale und irrationale Hintergründe zugleich. So ist ihr, was Befürchtungen bezüglich sich eventuell verschärfender Beschäftigungsprobleme betrifft, nur schwer zu begegnen. Die mit den neuen Technologien mögliche Produktivitätssteigerung ist enorm; ob die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte im gleichen Umfang beschäftigt werden können, bleibt, etlichen optimistischen Studien der letzten Jahre zum Trotz, eine offene Frage. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass neue Arbeitsplätze primär dort entstehen, wo die neuen Technologien zuerst beherrscht und mit Erfolg angewendet werden. Der Widerstand gegen technologisch bedingte Prozesse der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen wird sich auf längere Sicht kaum auszahlen. Vielmehr sind möglichst frühzeitig Strategien zu entwickeln, um den durch die technologische Entwicklung entstehenden Wachstumsspielraum optimal zu nutzen. Die öffentliche Diskussion dieser Strategien alternativer Beschäftigungseinsätze ist das beste Mittel, um bestehende Zukunftsängste, die sich in einer allgemeinen Technikfeindlichkeit und einer geringen gesellschaftlichen Akzeptanz neuer Technologien niederschlagen, wirksam abzubauen, das wahrscheinlich einzige Mittel auch, um auf Informationslücken beruhenden, irrationalen Befürchtungen entgegenzutreten.

### *3. Politische Rahmenbedingungen*

Der flüchtige Blick auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen der technologischen Innovation hat deutlich gemacht, dass deren Optimierung mit politischen Konsequenzen verbunden ist. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, bedarf es wirtschaftspolitischer Massnahmen, die über das in der freien Marktwirtschaft als klassisch geltende Interventionsinstrumentarium des Staates hinausreichen. Notwendig sind zusätzlich bildungspolitische Anstrengungen, ein Umdenken bezüglich der Rolle des Staates in der Forschungs- und Technologiepolitik, ein verstärktes Engage-



ment bei internationalen Entwicklungsprogrammen, die Institutionalisierung der Technologiebewertung sowie, darauf aufbauend, die frühzeitige politische Reaktion auf unerwünschte Folgen der Technologiediffusion.

Vor allem die im Zentrum stehenden Informations- und Kommunikationstechnologien bringen aber mehr als einen erhöhten politischen Interventionsbedarf in bestimmten Politikbereichen. Mit ihnen verbunden ist ganz grundsätzlich eine neue Qualität des Problems von Demokratie und Technik. Da eröffnen sich auf der einen Seite Chancen bezüglich einer wirksameren politischen Planung, einer verbesserten Koordination und Steuerung und ganz allgemein einer Erhöhung der Effizienz von staatlichem Handeln. Andererseits werden aber gerade damit Risiken eingehandelt, die sowohl was das Verhältnis der einzelnen politischen Institutionen untereinander als auch die Beziehung des Bürgers zu seinem Staat betrifft, zu einer erheblichen Belastungsprobe des politischen Systems führen könnten.

Das schon heute in seiner Kontrollfunktion stark eingeschränkte Parlament dürfte gegenüber Exekutive und Verwaltung weiter an Boden verlieren. Wer sich vom Terminal im Parlament einen Machtgewinn für die Legislative erhofft, vergisst, dass sich die Volksvertreter dabei auf Expertensysteme zu stützen haben, die gerade von jenen Instanzen erstellt wurden, die es zu kontrollieren gälte. Zu dieser wachsenden Expertenabhängigkeit und damit verbundenen Einengung des politischen Handlungsspielraumes auf der legislativen Stufe kommt die Reduktion der Problemperspektive bei den Experten selbst. Der Rückgriff auf die Datenbasis rechnergestützter Informationssysteme schmälert tendenziell die Zahl grundsätzlicher Alternativen und begünstigt den Status quo. Nicht qualifizierbare Wertmasstäbe werden verdrängt; selbst der lernfähige Computer der 5. Generation entwickelt keine neuen, dem gesellschaftlichen Wandel angepasste politische Zielvorgaben.

Auch was Fragen der politischen Emanzipation und der Partizipation betrifft, so erscheinen mögliche negative Entwicklungen als zumindest ebenso wahrscheinlich wie optimistische Perspektiven. Dass neue interaktive und lokal ausgerichtete Medien zu einer Erhöhung des politischen Interesses führen bzw. sogar direkt als Partizipationsinstrument eingesetzt werden können, ist ohne begleitende Massnahmen etwa im Bereich der politischen Bildung jedenfalls kaum zu erwarten. Vielmehr ist zu befürchten, dass die wachsende Zahl der über Satelliten übermittelten weitgehend kommerziellen, auf Unterhaltung und Trivialinformationen zielenden Fernsehprogramme die Möglichkeit politischer Aufklärung über das Medium TV zusätzlich schmälert.

## II. Notwendigkeit des öffentlichen Diskurses

Wir haben in kaum verantwortbar kurzer Form die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen gestreift und hier Elemente herausgearbeitet, die sich der Technologiediffusion entgegenstellen und die frühzeitig aufzugreifen sind, wenn sich bezüglich der erhofften Wirkung in Richtung Wohlstandsvermehrung und Lebensqualität nicht bald einmal Ernüchterung einstellen soll. Wir haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, bestimmte politische Instrumentarien und Zielvorstellungen den Erfordernissen des technologischen Wandels besser anzupassen und die Technikentwicklung ihrerseits mit bestehenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen abzustimmen.

Unsere Überlegungen sind weder neu noch originell. Sie sind aber, was ihr gegenwärtiger Stellenwert in der politischen Agenda und öffentlichen Diskussion unseres Landes betrifft, erstaunlich unaktuell. Während etwa in der BRD das nationale Parlament sich seit Jahren mit der Frage einer Institutionalisierung der Technologiefolgeabschätzung beschäftigt und diese Diskussionen kürzlich zur Schaffung einer Enquête-Kommission führte, mit deren Hilfe zumindest die oben erwähnte, angeschlagene Kontrollmöglichkeit der Legislative verbessert werden kann, ist eine ähnliche Debatte in den eidgenössischen Räten bis heute ausgeblieben. Aber auch das schweizerische Wissenschaftssystem hat sich gegenüber der Frage der Technologiebewertung bisher äusserst reserviert verhalten; es gibt in der Schweiz kein einziges Hochschulinstitut, das sich vertieft mit diesem Gegenstand beschäftigt. Die geringe Verankerung des Problems im etablierten Wissenschaftsbetrieb lässt gut gemeinten Vorstössen der politischen Behörden, in dieser Richtung aktiver zu werden, wenig Realisierungschancen. Da macht der Bundesrat in seinen forschungspolitischen Zielen für die Periode 1988 bis 1991 neue Technologien und ihre Folgen zwar zu einem der drei thematischen Schwerpunkte<sup>10</sup>, in den gleichzeitig vorgelegten Ausbauplänen seiner beiden Hochschulen fehlen aber jegliche Hinweise auf eine verstärkte Berücksichtigung von Folgeproblemen. Dabei wären gerade die Sozialwissenschaftler an technischen Hochschulen in besonderem Masse dazu berufen, sich mit ihren Kollegen aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften der Problematik in interdisziplinären Ansätzen anzunehmen.

Für eine verstärkte öffentliche Reflexion und Thematisierung der Bedeutung und Folgen des technologischen Wandels fehlt es in unserem Lande jedoch nicht nur an den nötigen Impulsen aus Politik und Wissenschaft, dafür verantwortlich ist ohne Zweifel auch die heute noch tiefe Konfliktintensität erster sichtbarer Wandelphänomene. So mögen insbesondere die vergleichsweise geringen Beschäftigungsprobleme dazu verleiten, diesbezüglich

<sup>10</sup> *Ziele der Forschungspolitik des Bundes (1988–1991)*, Bern 1985 (BBl III 222) sowie Schweizerischer Wissenschaftsrat, *Ziele für eine schweizerische Forschungspolitik*, Bern 1985.

pessimistische Zukunftsperspektiven nicht genügend ernst zu nehmen. Im Ausland hat sich die Technologiediskussion bisher vor allem am Problemkreis Technik und Arbeit entzündet. In der Schweiz sind die Sozialpartner in dieser Hinsicht zwar nicht inaktiv<sup>11</sup>, zu einer grundsätzlichen Diskussion zukünftiger Beschäftigungsprobleme aber doch weit weniger herausgefordert als in anderen Industrienationen. Dazu kommt ein charakteristisches Merkmal unserer politischen Kultur. Die politischen Akteure – gerade auch in der Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern – tendieren dazu, konfliktgeladene Fragestellungen auszuklammern. So positiv sich diese Konfliktscheu und Kompromissbereitschaft in vielerlei Hinsicht auswirken mag, sie erschwert die rechtzeitige Thematisierung künftiger Probleme.

Seitens der Technologieproduzenten wird die Artikulation von Technikakzeptanz und insbesondere Technologiefolgeproblemen immer noch primär als Hindernis für die rasche und ungehinderte Erschliessung des Marktes empfunden. Der Markterfolg erübrigt jede weitere Thematisierung. Dabei sollten erste Misserfolge auf eben diesem Markt für neue Technologien deutlich machen, wie leicht sich eine allzu rasche technologische Entwicklung an bestehenden, im wesentlichen eben recht trägen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Bedürfnissen vorbeimanövriert. Eine öffentliche Technologiekontroverse ist kein volkswirtschaftlicher Luxus, sondern eine effiziente Problemlösungsstrategie, um technische Errungenschaften gesellschaftlich zu verankern und den späteren Diffusionsprozess zu erleichtern.

Noch dringender müsste der Ruf nach dem öffentlichen politischen Diskurs unter demokratisch-normativen Gesichtspunkten erfolgen. Der Markterfolg ist nur so lange als einziges Kriterium der gesellschaftlichen Akzeptanz zulässig, als Folgen und Wirkungen der angebotenen Produkte nicht über den Markt hinausgehen. Auch dies aber – es wurde in unserem Exkurs auf die sozialen und politischen Rahmenbedingungen angedeutet – ist bei den heutigen Schlüsseltechnologien in hohem Masse der Fall. Entwicklungen im Medienbereich führen zu grundlegenden Eingriffen in die Struktur der Öffentlichkeit, von gentechnologischen Fortschritten werden fundamentalste Fragen der Ethik tangiert, Informationstechnologien gefährden den Persönlichkeitsschutz. In all diesen und anderen Bereichen gilt es nicht nur eine gesellschaftliche Kontrolle zu errichten – Technikbewertung als demokratische Kontrollinstanz formal zu institutionalisieren, sondern das Problem auch gesellschaftlich zu internalisieren. Die Chancen und Risiken der neuen Technik sind ungleich verteilt. Während die Risiken für den Staatsbürger als Selbstläufer entstehen, müssen die Chancen mühselig erarbeitet werden<sup>12</sup>.

Schliesslich erscheint eine frühzeitige und breite Politisierung der Thematik auch mit Blick auf den direkt-demokratischen Charakter unseres Staatswesens nicht nur in legitimatorischer Perspektive wünschbar, sondern durchaus

11 Vgl. etwa die Dokumentation des SMUV, *Mikroelektronik. Fortschritt oder Bedrohung*, Bern 1985.

12 von Alemann, a. a. O., S. 7.

auch funktional. Direkte Demokratie erfordert den aufgeklärten, politisch interessierten und informierten Bürger. Sie kann sich nicht damit begnügen, politische Probleme zu tabuisieren und sie dann kurzfristig vor dem Abstimmungsdatum mit gewaltiger Informationsflut an den Mann oder die Frau zu bringen. Der uninformierte Staatsbürger nimmt an der Abstimmung entweder gar nicht teil oder aber er erliegt einer undifferenzierten, auf emotionalen Schlagwörtern basierenden, verzerrenden Propaganda<sup>13</sup>.

### III. Mögliche Träger der öffentlichen Diskussion

Strategien zur Initiierung einer breiten öffentlichen Diskussion über Probleme und Fragen des technologischen Wandels sind attraktiv und zwar nicht nur unter dem Blickwinkel gesellschaftlicher Legitimation, sondern durchaus auch bezüglich volkswirtschaftlicher Effizienz, als langfristig wirksames Instrument zur Optimierung der Technologiediffusion. Wer aber ist dazu aufgerufen, diese gerade in der Schweiz noch weitgehend verdrängte Problematik aufzugreifen und die Diskussion dort, wo sie in Ansätzen vorhanden ist, zu beleben?

Technologiepolitik ist einmal ein Problem des Staates und seiner Administration. Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, die technologische Innovation ermöglichen und in eine sozial- und umweltverträgliche Richtung lenken, und zu diesen Rahmenbedingungen gehört, wie wir sahen, die gesellschaftliche Verankerung des Problems. Eine richtig verstandene Forschungs- und Technologiepolitik hat die Aufgabe, zwischen technisch-naturwissenschaftlicher Forschung, den kulturellen Strömungen und den ökonomischen und sozialen Interessen der Gesellschaft zu vermitteln. Bei dieser Vermittlerfunktion kann und darf es nicht nur darum gehen, bei der Planung staatlich unterstützter Forschungsprogramme und technologischer Grossprojekte Technikakzeptanzprobleme mitzuberücksichtigen und aufgedeckte Widerstände über Propaganda aus dem Weg zu räumen. Den staatlichen Instanzen ist vielmehr abzuverlangen, dass sie die Frage nach den sozialen Bedingungen und Folgen der Technikentwicklung mit jener nach den technischen Folgen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderung ergänzen<sup>14</sup>. Nur so ist eine dem gesellschaftlichen Bedarf soweit wie möglich angepasste Weichenstellung möglich, nur so können bestimmte Entwicklungsvorhaben mit gutem Gewissen öffentlich unterstützt werden und ist es andererseits

13 H. P. Hertig, Sind Abstimmungserfolge käuflich? Elemente der Meinungsbildung bei eidg. Abstimmungen, *Schweiz. Jahrbuch für politische Wissenschaft* 1982, S. 35 ff.

14 O. Ullrich (Hrsg.), *Die Informationsgesellschaft als Herausforderung an den Menschen*, Frankfurt 1984, S. 7. Zum Problem der Technikaufklärung weiterführend: L. Hieber, *Aufklärung über Technik. Zum Unterschied von wissenschaftlicher und politischer Technikkritik*, Frankfurt 1983.

möglich, indirekt Korrekturen an Innovationsentscheiden anzubringen, die in der freien Marktwirtschaft ja weitgehend ausserhalb der Einflussosphäre des Staates erfolgen.

Technikpolitik ist dann auch ein Problem der Wissenschaft. Gerade die Entwicklungen im Bereich der neuen Technologien tragen tiefgreifende Vorentscheide darüber mit sich, wie und wie nicht wir in Zukunft leben möchten. Weil sich diese Vorentscheidungen angesichts der Komplexität der Materie und den mit neuen Informationssystemen zusätzlich begünstigten Experten immer stärker der politischen Kontrolle entziehen, gewinnt die Selbstreflexion über Fragen der wissenschaftlichen Ethik, der politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen des eigenen Tuns an Aktualität. Die Wissenschaft hat sich verstärkt als Frühwarnsystem für Politik und Gesellschaft zu verstehen und zwar auch in jenen Disziplinen, die sich gerne und mit Erfolg hinter instrumenteller Wertfreiheit verschanzen. Sie müsste das zugegebenermassen methodisch äusserst schwierige Unterfangen einer Technologiebewertung<sup>15</sup> mit interdisziplinären Ansätzen und neuen institutionellen Schwerpunkten (endlich) an die Hand nehmen, und sie müsste die Ergebnisse dieses Reflektionsprozesses einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Technikpolitik ist weiter ein Problem der intermediären Institutionen. Wir haben den öffentlichen Diskurs als Voraussetzung für eine möglichst hohe Sozialverträglichkeit der Technikentwicklung erkannt und damit die Bedeutung kompetenter und motivierter Kommunikationsträger herausgestrichen. Angesprochen sind einmal die Medien in ihrer Funktion als Gate-Keeper, mit einem angesichts der wachsenden Informationsmenge zunehmenden Einfluss auf die Themenstruktur der Öffentlichkeit. Wenn die Medien die noch schwachen Impulse der Technologieentwickler, -produzenten und -vermittler zusätzlich ausfiltrieren – der doch recht komplexe Charakter des Problems macht die publikumswirksame Übersetzung nicht eben einfach und entsprechende Bedenken sind deshalb angebracht –, bleibt die Thematik im medialen Schonraum für Spezialisten, im wissenschaftlichen TV-Magazin und der Tageszeitung-Sonderbeilage stecken. Angesprochen sind zum andern die Interessenverbände. Die tiefgreifenden Folgen neuer Technologien auf die Beschäftigungsstruktur stellen insbesondere für die verschiedenen Berufsverbände und berufsständischen Dachorganisationen eine wachsende Herausforderung dar. Von den sich abzeichnenden Konfliktfeldern unmittelbar betroffen sind sodann die Interessenorganisationen der Sozialpartner, der Unternehmer- bzw. Arbeitgeberverbände auf der einen und der Gewerkschaften auf der andern Seite. Neben grundsätzlichen Fragen des Beschäftigungsvolumens entstehen neuartige Probleme auf der Betriebsebene. Über Informationstechnologien veränderte Kommunikations- und Herrschaftsstrukturen dürften die Mitbestimmungsdiskussion neu lancieren; dazu kommen Fragen des persönlichen Datenschutzes im Betrieb, der erhöhten psychi-

15 Vgl. dazu: N. Szyerski et al. (Eds.), *Assessing the Impact of Information Technology*, Braunschweig 1983.

schen Belastung am Arbeitsplatz, der Umschulung und der Weiterbildung. Aber auch für Interessenverbände ausserhalb der Bereiche Arbeit und Produktion ergeben sich vielschichtige neue Herausforderungen und Aufgaben. Zu denken ist hier vor allem an Organisationen des Freizeitbereichs, denen mit der zu erwartenden Gewichtsverschiebung im individuellen Zeitbudget eine immer wichtigere Funktion zukommt.

Und Technikpolitik ist schliesslich ein Problem der intermediären Institution par excellence, der politischen Parteien. Parteien initiieren und formulieren die staatlichen Gestaltungsaufgaben: die neuen Technologien bringen, wie wir sahen, eine ganze Reihe qualitativ neuartiger Probleme, die eine Reaktion des politischen Systems erfordern und über die traditionellen Instrumente der Parteien in dieses politische System einzubringen sind. Parteien sind Träger des politischen Willensbildungsprozesses: die neuen Technologien gefährden das Primat der Politik gegenüber den Experten in Wissenschaft und Verwaltung und nötigen zu politischem Gegensteuer auf allen Stufen der Willensbildung. Parteien übersetzen politische Probleme von der politischen Elite zum Bürger: die mit den neuen Technologien verbundenen Folgewirkungen sind äusserst tiefgreifend und angesichts ihrer Komplexität nicht für jedermann einsichtig; sie bedürfen der politischen Interpretation in dem Sinne, dass neben den generellen gesellschaftlichen Auswirkungen auch gruppen- und schichtspezifische Konsequenzen sichtbar werden. Parteien wirken als Anwalt der Betroffenen, indem sie deren Bedürfnisse und Forderungen aufnehmen, artikulieren und an geeigneter Stelle in den politischen Entscheidungsprozess einbringen: die neuen Technologien sind nicht herrschaftsfrei; damit verbundene Chancen und Risiken bleiben ohne Mobilisierung der potentiell Benachteiligten ungleich verteilt.

Dass den Parteien beim geforderten öffentlichen Diskurs über Bedingungen und Folgen der technologischen Innovation eine zentrale Rolle zukommt, ergibt sich aber nicht nur aufgrund allgemeiner, ihnen in rechtsstaatlichen Demokratien westlicher Prägung zugesprochener Funktionen, für eine solche Aufgabenzuteilung sprechen auch Besonderheiten des politischen Systems Schweiz. Auf die Bedeutung einer öffentlichen Thematisierung neuer politischer Probleme im Hinblick auf spätere Urngänge haben wir bereits hingewiesen. Den Parteien kommt dabei nicht nur die Verantwortung zu, diese Thematisierung frühzeitig zu initiieren, um die Vorlage im Vorfeld der Abstimmung ihrer Klientel besser übersetzen zu können, ihre Parolen stellen auch die wichtigste Entscheidungshilfe aller in Frage kommender politischer Bezugsgruppen dar. Zwei Drittel der Stimmbürgerschaft besitzen mehr oder weniger ausgeprägte Sympathien für eine Partei und dürfen so – zumindest potentiell – als Empfänger einer Abstimmungshilfe gelten<sup>16</sup>, von der sie zu Recht erwarten, dass sie kompetent vorbereitet und in der innerparteilichen Willensbildung abgesichert wurde.

16 Der tatsächliche Betrachtungsgrad ist allerdings bei den meisten Vorlagen bedeutend tiefer. Vgl. dazu: E. Gruner / H. P. Hertig, *Der Stimmbürger und die neue Politik*, Bern 1983, S. 79.

Ein zweites in diesem Zusammenhang wichtiges Merkmal des politischen Systems Schweiz ist der ausgeprägte Kompromisscharakter des politischen Outputs. Wenn Lösungsvorschläge das abgeschirmte vorparlamentarische Verfahren verlassen und die öffentliche Bühne betreten, sind Ecken und Kanten abgeschliffen. Die schon im Verwaltungsbereich mit Blick auf mögliche spätere Abstimmungsphasen abgesicherte Lösung stellt sich gegen kühne, grundsätzliche Alternativen einbeziehende Würfe; sie ist tendenziell Status quo-bezogen. In diesem Sinne dürfen die Erwartungen an Verwaltung und Exekutive bezüglich eines starken Engagements für zukunftsbezogene Interventionen nicht zu hoch geschraubt werden. Die nötigen Impulse im Sinne alternativer, die politische Diskussion anregender Lösungen müssen anderswo erfolgen, in jenen Aktionsfeldern, in denen die politischen Parteien traditionellerweise eine dominierende Rolle spielen.

#### **IV. Die Parteien als Initianten und Träger des Diskurses: Anspruch**

Wir haben die Parteien als wichtige Initianten und Träger des geforderten öffentlichen Diskurses über Chancen und Risiken der technologischen Innovation identifiziert. Sie sind nicht allein dazu aufgerufen, tragen aber eine besondere Verantwortung. Eine aktivere Technologiepolitik des Staates und seiner Verwaltung ist zwar erwünscht, mit Blick auf die politischen Rahmenbedingungen und die eingeschränkten Möglichkeiten der Administration in der Schweiz aber nur wenig realistisch<sup>17</sup>. Von den Technologieproduzenten müsste zwar erwartet werden, dass sie zusätzliche Energien für die Aufgabe freimachen, angesichts der gegenwärtigen Marktsituation dürften kurzfristige ökonomische Erwägungen aber die Sicht auf eine langfristig rentablere Strategie versperren. Und was schliesslich die Wissenschaft betrifft, so darf der Wille zur Selbstthematization nicht überschätzt werden. Zu gross ist die Angst vor politischen Eingriffen in die sorgsam abgeschirmte Wissenschaftsautonomie und Forschungsfreiheit<sup>18</sup>.

17 Die Möglichkeiten der mit Problemen des Technologiewandels konfrontierten Verwaltungsstellen sind äusserst begrenzt. So stehen beispielsweise dem besonders angesprochenen Bundesamt für Bildung und Wissenschaft für extramuros Studienaufträge jährlich knappe Fr. 100 000 zur Verfügung und auch die Initiative des Schweizerischen Wissenschaftsrates, sich im Rahmen einer forschungspolitischen Früherkennung mit Fragen der technologischen Innovation und ihren Folgen zu beschäftigen, hat sich mit Geldern in der gleichen Grössenordnung abzufinden. Demgegenüber belaufen sich die Ausgaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie der BRD für ressortbezogene technikorientierte Sozialforschung (insbesondere Technologiefolgeabschätzung) auf jährlich 42 Mio. DM.

18 Vgl. K. Weber, Zur Steuerung von Wissenschaft und Technologie. Allgemeine Überlegungen zur Strukturierung des Problemfeldes am Beispiel der Schweiz, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 1985, S. 23–40.

Nun sind jedoch – gerade auch in der politischen Diskussion in unserem Lande – in letzter Zeit vermehrt Zweifel darüber geäußert worden, ob die Parteien noch in der Lage seien, neue politische Fragen rechtzeitig aufzugreifen, öffentlich zu thematisieren und gesellschaftlich zu verankern. Sinkende Partizipationsquoten bei Abstimmungen, eine geringe materielle Problemlösungskapazität der (noch) Stimmenden und die wachsende Bedeutung nicht institutionalisierter, dem Einfluss der etablierten Parteien entzogenen Beteiligungsformen bildeten unmittelbaren Anlass für die wachsende Skepsis<sup>19</sup>. Ein möglicher Grund für die vermutete Funktionsschwäche der Parteien dürfte darin liegen, dass sich viele der heute aktuellen politischen Streitfragen den traditionellen Deutungs- und Bewertungsmustern der Parteien entziehen. Insbesondere Umweltprobleme haben völlig neuartige Konfliktfronten geschaffen. Den aus der Auseinandersetzung um Fragen der Verteilung und Herrschaft des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts hervorgegangenen Parteien ist es nicht oder viel zu spät gelungen, sich auf den erfolgten Paradigmenwechsel einzustellen und parteispezifische Lösungen zu finden<sup>20</sup>. Gründung und Erfolg grüner Parteien sowie die hohe Mobilisierungskraft von Bürgerbewegungen bilden die dafür sichtbaren Zeichen.

Das offensichtliche Scheitern der traditionellen Parteien im Politikbereich Umweltschutz muss auch für das uns interessierende Politikfeld der neuen Technologien skeptisch stimmen. Zwar ist von der bevorstehenden technologischen Revolution über deren Beschäftigungseffekt eine Aktualisierung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit zu erwarten, werden also «klassische» Konfliktfronten tangiert. Mit der Thematisierung dieses Problems ist es aber nicht getan. Was wir mit dem Ruf nach dem öffentlichen Diskurs über neue Technologien meinen, ist die grundsätzliche Auseinandersetzung und Konfrontation von Wachstums- und Verteilungserwartungen mit einer verstärkt an gesellschaftlichen Bedürfnissen und ökologischen Kriterien orientierten Zukunftsperspektive. Angestrebt wird die Umkehrung der Frage nach den sozialen und politischen Folgen der Technikentwicklung in die Frage nach den technologischen Folgen der gesellschaftlichen Herausforderung. Die Antwort muss Wertperspektiven miteinbeziehen, die ausserhalb der Erfahrungshorizonte der traditionellen Parteien liegen und diese mit ähnlichen Problemen konfrontieren wie die Umweltdebatte in den siebziger Jahren.

Was wir von den politischen Parteien erwarten, ist von diesen also schon aus ideologischen Gründen nicht leicht zu erbringen. Die Thematisierung neuer Probleme stösst aber noch aus anderen Gründen auf Schwierigkeiten.

19 G. Ganguillet / H. P. Kriesi, Der heimatlose Bürger im Leistungsstaat, *Schweiz. Jahrbuch für politische Wissenschaft*, S. 141–160 sowie Gruner / Hertig, *a. a. O.*

20 J. Raschke, Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 36, September 1980, S. 23–45 sowie speziell zum Problem Umweltschutz: A. Gorz, *Ecologie et politique*, Paris 1978 und (selbstkritisch) aus schweizerischer Sicht: H. P. Faganini, Die Parteien vor dem Problem des Umweltschutzes, *Schweiz. Jahrbuch für politische Wissenschaft 1981*, S. 88 ff.



Entsprechende Initiativen sind nicht kostenlos. Gerade im Falle der schweizerischen Parteien muss befürchtet werden, dass sie den erforderlichen Aufwand aus finanziellen und personellen Gründen nicht erbringen können. Die personell unterdotierten Parteisekretariate – sie sind im föderalistischen schweizerischen Parteiensystem bewusst klein gehalten – dürften mit anstehenden Tagesproblemen ausgelastet sein, und auch vom überlasteten Milizparlamentarier kann nicht erwartet werden, dass er allzuviel Zeit in die Analyse zukunftsbezogener Probleme investiert. Grössere Parteien in unseren Nachbarländern mögen allein in ihren wissenschaftlichen Stäben für Propektivfragen mehr Mitarbeiter beschäftigen als ihre Schwesterparteien in der Schweiz im gesamten Zentralsekretariat.

Dass die Parteien die ihnen zugedachte Rolle im Prozess der zukünftigen technologischen Entwicklung übernehmen, kann also angesichts der skizzierten Rahmenbedingungen nicht zum vornherein erwartet werden<sup>21</sup>. Im folgenden kurzen empirischen Teil unseres Beitrages gehen wir der Frage nach, wie weit Anspruch und Wirklichkeit im Falle der schweizerischen Parteien beieinander liegen. Unsere Analyse hat explorativen Charakter; die Antworten sind vor dem Hintergrund der wenig systematischen, sich auf einige Indizien beschränkenden Auswertungen zu relativieren. Hinter ihnen steht die inhaltsanalytische Auswertung von Parteiprogrammen, von Tageszeitungen im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 1983 sowie der parlamentarischen Berichterstattung und insbesondere der parlamentarischen Vorstösse der letzten 5 Jahre. Dazu kommen strukturierte Interviews von durchschnittlich etwa 1½ Stunden Dauer mit den Zentralsekretären der im eidgenössischen Parlament vertretenen Parteien<sup>22</sup>.

## **V. Die Parteien als Initianten und Träger des Diskurses: Indizien zur Wirklichkeit**

### *1. Problembewusstsein*

Wichtigste Voraussetzung für verstärkte Aktivitäten im oben skizzierten Sinne bildet ein entsprechendes Problembewusstsein. Die gegenwärtige und bevorstehende technologische Entwicklung muss als problematisch erkannt werden; notwendig sind minimale Kenntnisse der Entwicklungslinien sowie Vorstellungen über mögliche Diffusions- und Folgeprobleme zumindest in den Ansätzen.

21 Einige Fakten, die wir weiter oben zur Charakterisierung des politischen Systems bzw. der politischen Kultur Schweiz anführten, könnten selbstverständlich auch für die Parteien geltend gemacht werden.

22 Für einen Teil der inhaltsanalytischen Auswertung sowie für die Interviews war Frau M. Zenger, IDHEAP, besorgt. Wir danken ihr an dieser Stelle herzlich für ihre Mitarbeit.

Verschiedene Indizien sprechen für ein zwar noch relativ schwaches, in den beiden letzten Jahren aber deutlich gestiegenes Problembewusstsein der schweizerischen Parteien. Zu diesem Schluss führt einmal der Blick in die Parteiprogramme und diese begleitende programmähnliche Schriften<sup>23</sup>. In den vor 1983 erschienenen nationalen Programmen blieb der Problembereich «neue Technologien» weitgehend unerwähnt. Die Ausnahme bildet ein spezifisches, schon in den siebziger Jahren sichtbares Folgeproblem der neuen Informationstechnologien, der Datenschutz; gewisse Hinweise auf die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der zukünftigen technologischen Entwicklung findet sich zudem im Parteiprogramm der Progressiven Organisationen (POCH). In neueren, ab 1983 erschienenen, im wesentlichen für die laufende Legislaturperiode konzipierten Programmen hat das Thema hingegen (schüchtern) Einzug gehalten. Am weitesten geht dabei – angesichts der traditionellen Interessenausrichtung und Soziologie der Mitgliederschaft eher überraschend – die Schweizerische Volkspartei (SVP). Als einzige Partei widmet sie einer wichtigen neuen Technologie – der Mikroelektronik – ein ganzes Kapitel ihres «Aktionsprogramm 83». Einen überdurchschnittlich breiten Platz wird dem Problem neuer Technologien zudem in den Zielsetzungen 83/87 der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) eingeräumt; die Partei setzt sich darin auch grundsätzlich mit der Beziehung zwischen einem Grundpfeiler der eigenen Weltanschauung, dem Liberalismus, und der Technik auseinander. Sowohl SVP als auch FDP betonen die Chancen der neuen Technologien im übrigen stärker als die Risiken; letztere werden vor allem im Bereich der Bedrohung persönlicher Freiheiten bzw. des Datenschutzes vermutet. Skeptischer geben sich diesbezüglich die Parteien der Linken sowie noch ausgeprägter die Nationale Aktion (NA). Die Sozialdemokratische Partei (SPS) präsentiert die breiteste Problempalette aller Parteien, ohne allerdings dabei die Notwendigkeit der Entwicklung und des Nutzens neuer Technologien in Frage zu stellen, eine Bemerkung, die im wesentlichen auch für die Partei der Arbeit (PdA) zutrifft. POCH und NA hinterfragen dagegen grundsätzlich wirtschaftliches Wachstum an sich und gelangen so zu der kritischsten Würdigung sämtlicher Parteien. Immerhin werden Chancen bezüglich sozial angepasster und umweltgerechterer Technologien vermutet. Gerade in diesem Zusammenhang überraschen muss das geringe Interesse einer Partei, die sich in den letzten Jahren im Bereich des Umweltschutzes profilierte. In seinen «Standortbestimmungen 1983» streift der Landesring der Unabhängigen (LdU) neue Technologien lediglich am äussersten Rande, indirekt im Zusammenhang mit umweltgerechteren Energiequellen sowie als Verursacher von Datenschutzproblemen. Diesbezüglich problembewusster präsentiert sich die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz (GPS). Ihr Programm geht relativ ausführlich auf die Beziehung zwischen Umwelt und technologischem Fortschritt ein. Was schliesslich die

23 Ausgewertet wurden die uns von den Sekretariaten der nationalen Parteien auf Anfrage übermittelten programmatischen Inhalte.

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), die Evangelische Volkspartei (EVP) und die Liberale Partei (LPS) betrifft, so nehmen diese sowohl bezüglich der Breite der Diskussion als auch der inhaltlichen Bewertung eine mittlere Position ein. Auffallend ist dabei die Tatsache, dass weder CVP noch EVP auf eine Auseinandersetzung mit ethischen Problemen etwa im Zusammenhang mit Gentechnologie eingehen.

Auf ein im Vergleich zu anderen Politikbereichen noch wenig ausgeprägtes, aber eindeutig steigendes Problembewusstsein weisen zusätzlich die im Nationalrat in den Jahren 1980–1985 behandelten Vorstösse. Die folgende Tabelle vermittelt eine Übersicht über die Zahl der persönlichen Vorstösse (Motionen, Postulate, Interpellationen und Fragen) im Bereich «Neue Technologien/technologischer Fortschritt» nach Fraktionszugehörigkeit der Interpellanten:

Jahr	Zahl der Vorstösse nach Fraktionszugehörigkeit							Total	in % aller Vorstösse		
	R	C	S	V	U	L	T				
1980	2	-	4	-	1	-	1		-	8	1½
1981	1	1	2	2	-	1	3		-	10	1½
1982	1	-	8	-	-	-	1		-	10	2
1983	4	1	5	-	-	2	4	-	-	16	2½
1984	2	2	7	-	-	-	1	2	-	14	2½
1985	6	4	11	3	1	-	1	1	-	27	4
80-85	16	8	37	5	2	3	11	3	0	84	2½

R = Freisinnig-demokratische Fraktion; C = Christlichdemokratische Fraktion; S = Sozialdemokratische Fraktion; V = Fraktion der Schweiz. Volkspartei; U = LdU/EVP-Fraktion; L = Liberale Fraktion; T = Fraktion der PdA, PSA, POCH; N = Fraktion der Nationalen Aktion/Vigilants (ab Dezember 1983); O = Ohne Fraktionszugehörigkeit

Von den über 3700 persönlichen Vorstössen der Jahre 1980–1985 waren 84 oder rund 2,5 Prozent unserem Fragenkomplex gewidmet. Der Beachtungsgrad ist also relativ gering; er liegt beispielsweise unter jenem für Anliegen im Bereich der SBB (165 Vorstösse) oder der Viehwirtschaft (94 Vorstösse). Positiv zu vermerken ist jedoch der deutlich sichtbare Trend im Verlauf der Beobachtungsperiode. Die Zahl der behandelten Vorstösse stieg von 8 im Jahre 1980 (1,5 Prozent) auf 27 im Jahre 1985 (4 Prozent). Bezüglich der Unterschiede zwischen den einzelnen Fraktionen zeigen sich eindeutige Schwerpunkte bei der SPS sowie – unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl der Fraktion – der PdA/PSA/POCH, hier allerdings mit sinkender Tendenz. Sie lassen sich nicht allein damit erklären, dass die Mitglieder dieser beiden Fraktionen generell häufiger auf das Instrument der persönlichen Vorstösse zurückgreifen<sup>24</sup>. Auch mit dem Hinweis, die unterschiedliche Auffassung der

24 Die Zahl der SP-Vorstösse ist zwar im Vergleich zu Parteien ähnlicher Fraktionsstärke überdurchschnittlich, liegt aber bei fünf von uns speziell ausgezählten Themen (Drogen, SBB, Viehwirtschaft, Pressewesen, Waldsterben) deutlich näher bei den entsprechenden Zahlen von FDP und CVP als im Fall der neuen Technologien (SP: 109; FDP: 72; CVP: 67).

Linken über die Rolle des Staates bei der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und der technologischen Innovation im speziellen führe zu den ermittelten Differenzen und Schwerpunkten, wird die ermittelte überdurchschnittliche Aktivität der beiden politischen Gruppierungen nur teilweise relativiert. Bei der Mehrheit der Vorstösse geht es nicht primär um eine Verbreiterung des staatlichen Einflusses; es werden vielmehr Probleme aufgeworfen, die schon jetzt und politisch relativ unbestritten zum Aufgabenfeld des Bundes gehören. Von den 11 Vorstössen aus den Reihen der SPS des letzten Jahres zielen deren vier auf Massnahmen bei den bundeseigenen Hochschulen, zwei Vorstösse befassen sich mit einem europäischen Forschungsprogramm unter Beteiligung der Schweiz (EUREKA), eine Interpellation problematisiert Datenschutzfragen im Zusammenhang mit dem Videotextsystem der PTT und je eine Einfache Anfrage hat den Informatikunterricht der Lehrlinge und die Forschung und Entwicklung im EMD zum Thema. Lediglich zwei Vorstösse – moderne Technologien und Beschäftigungspolitik sowie wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der technologischen Innovation – gehen deutlich in Richtung einer Erweiterung des staatlichen Interventionsinstrumentariums. Entsprechende Anregungen finden sich im gleichen relativen Umfang aber auch bei anderen Parteien.

Relativ problembewusst gaben sich schliesslich die von uns befragten Parteisekretäre<sup>25</sup>. Offene Fragen zu Stichworten wie Biotechnologie, Robotik, Satellitenfernsehen usw. provozierten bei den meisten Befragten eine breite Palette von Antworten, wobei sich, was die Einschätzung der Probleme und Risiken betrifft, ähnliche Beurteilungstendenzen ausmachen lassen wie in einzelnen Parteiprogrammen. Dass zukünftige technologische Entwicklungen nicht im Mittelpunkt des Interesses der Parteisekretariate stehen, wurde in unseren Interviews allerdings ebenfalls deutlich. So waren Titel und Inhalt einer bundesrätlichen Botschaft im Bereich neuer Technologien, die rund einen Monat vor den Interviews von der Regierung verabschiedet und in der Presse kommentiert worden war, keinem der Befragten bekannt<sup>26</sup>.

Das Problem der modernen Technologien hält Einzug in die Parteiprogramme; die Zahl entsprechender Vorstösse der Parteivertreter im eidgenössischen Parlament hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen; Initiativen der Verwaltung, in diesem Politikbereich aktiv(er) zu werden, stossen nicht nur auf breite Zustimmung der Parlamentarier – die oben erwähnte Botschaft zugunsten der Informatik ist inzwischen vom Nationalrat ohne Gegenstimme angenommen worden –, in den entsprechenden parlamentarischen Debatten zeigen sich auch erste Ansätze zu einer Technologiebewertungsdiskussion.

25 Befragt wurden die Zentralsekretäre der folgenden Parteien: CVP, FDP, SPS, SVP, LdU, LPS, EVP, PdA, POCH. Im Falle der NA und der GPS konnte kein Sekretariatsvertreter interviewt werden, die Aufgabe wurde je von einem Vertreter der beiden Parteien im eidg. Parlament übernommen. Als einzige angefragte Partei haben die Genfer Vigilants auf ein Interview verzichtet.

26 Es handelte sich um die oben erwähnte Botschaft über Sondermassnahmen zugunsten der Informatik. Vgl. Anmerkung 4.

Kurz: die Parteien haben den Fragenkomplex neue Technologien als wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Problem erkannt, das Problembewusstsein ist – wenn auch im internationalen Vergleich relativ spät<sup>27</sup> und in einzelnen Parteien noch wenig ausgeprägt – im Steigen begriffen.

## *2. Problemlösungskapazität*

Viele der oben skizzierten neuen Problemfelder stellen die Parteien vor eine besondere Belastungs- und Bewährungsprobe. Traditionelle Orientierungssysteme versagen ihren Dienst, Erfahrungen und Präzedenzfälle dienen nur noch bedingt als Handlungsanleitung. Die Parteien sind gezwungen, neue Lösungen zu erarbeiten, die den veränderten Anforderungen gerecht werden, ohne mit ideologisch und praktisch Bewährtem radikal zu brechen und das Risiko hoher Stimmenverluste einzugehen.

Herausgefordert sind dazu insbesondere die Parteisekretariate. Hier müsste die internationale Entwicklung mitverfolgt, müssten auf unser Land zukommende politische Probleme früherkannt und der Partei in geeigneter Form – aus der Expertendiskussion herabtransformiert – vorgelegt werden. Die Arbeit ist nicht leicht. Sie erfordert eine wissenschaftliche Infrastruktur, und sie erfordert Mitarbeiter, die sich, vom politischen Tagesgeschehen abgeschirmt, mit der Problematik befassen können. Beides ist nach den Aussagen der befragten Parteisekretäre bei den schweizerischen Parteien nicht vorhanden. Der äusserst bescheidene Personalbestand – er liegt im Durchschnitt bei etwa vier Mitarbeitern – ermöglicht keine Anstellung von wissenschaftlichen Experten für Sonderfragen. Selbst die vier grossen Regierungsparteien beschäftigen im wesentlichen «nur» Generalisten, wovon sich der eine oder andere bestenfalls einem speziellen Aspekt unserer Fragenstellung – der Preschef den neuen Medien! – besonders annehmen kann. Wo aber das Personal fehlt, erübrigt sich der Aufbau einer wissenschaftlichen, der politischen Beratung dienenden Infrastruktur. Kein einziges nationales Parteisekretariat hat denn auch eine Zeitschrift abonniert, die sich spezifisch mit Problemen der neuen Technologien beschäftigt. Und auch die Kenntnisse der Parteisekretäre über neue Veröffentlichungen, die die Fragestellung unter den Gesichtspunkten politisch nahestehender Weltanschauungen angehen und entsprechende Entscheidungshilfe liefern könnten, sind im allgemeinen eher bescheiden. Lediglich den Vertretern der Parteien der Linken fällt es relativ leicht, auf entsprechende Titel oder Autoren hinzuweisen, wobei natürlich offenbleibt, ob sie derartigen Analysen generell mehr Aufmerksamkeit schenken oder ob diese nicht einfach stärker im Rampenlicht öffentlicher Diskussionen stehen (Gorz!).

27 Vgl. beispielsweise das Programm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aus dem Jahr 1978 oder das Grundsatzprogramm der bundesdeutschen CDU des gleichen Jahres.

Die, als Folge der schwierigen Arbeitsbedingungen, beschränkte Fähigkeit der Generalsekretariate, den notwendigen politischen Input zu leisten, lässt einer forcierten innerparteilichen Aufklärung und Willensbildung wenig Chancen. Mit zwei Ausnahmen ist man denn in den nationalen Sekretariaten auch der Ansicht, dass diesbezüglich in der Vergangenheit zu wenig getan werden konnte. Grundsätzliche Papiere, die das Problem der neuen Technologien der Parteibasis zusammenfassend zu vermitteln versuchen, sind bisher in keiner Partei verfasst worden<sup>28</sup>. Und auch auf den Themenlisten vergangener Parteitagungen trat der Fragenkomplex nicht explizit in Erscheinung, man hat sich bestenfalls auf die Diskussion von Teilaspekten im Rahmen anderer, meist weiter gefasster Themenkreise eingelassen<sup>29</sup>. Ähnliches gilt für die Schulung der Parteikader. Der Themenbereich wurde bis heute nicht integral angegangen, sondern lediglich fragmentarisch, im Zusammenhang mit anderen Fragestellungen; eine Expertenkommission «Neue Technologien» ist bisher in keiner Partei gebildet worden.

Von diesem Hintergrund können von den wichtigsten Parteirepräsentanten im Prozess öffentlicher politischer Diskussionen – den Volksvertretern im eidg. Parlament – bezüglich Problemlösungskapazität keine Wunder erwartet werden. Ein unbestrittener Pluspunkt des Milizparlamentes, die Doppelrolle Politiker-Berufsmann/frau, verliert bei zukunftsbezogenen neuen Fragen viel von ihrem Glanz. Experten sind im Gegensatz zu anderen Politikbereichen (noch) selten; für die grosse Mehrheit der Parlamentarier liegen die neuen Probleme weit von ihrem beruflichen Erfahrungsbereich entfernt. In Zeitnot, ohne eigene wissenschaftliche Berater, von den Parteisekretariaten nicht genügend unterstützt, werden sachkundige Interventionen in und ausserhalb des Parlamentes immer schwieriger, wird die Auseinandersetzung mit Experten aus Wissenschaft und Verwaltung zum Problem. Auf eine entsprechende Frage bekundeten die Parteisekretäre denn auch einige Mühe, je mindestens einen Parlamentarier zu nennen, der sich speziell mit Technologiefragen befasst und die Partei bei diesen Ratsgeschäften vertritt.

Schliesslich gehört zur Problemlösungskapazität aber nicht nur fachliche Kompetenz, ebenso wichtig ist das Wissen um die Bedürfnisse der Betroffenen und speziell der eigenen Klientel. Nur so gelingt die geforderte Verknüpfung zwischen dem technisch Möglichen und dem politisch Wünschbaren. Auch in dieser Beziehung werden die Parteien bei qualitativ neuartigen Fragestellungen vor besondere Probleme gestellt. Volksabstimmungen zu entsprechenden Themen haben bisher keine stattgefunden; was in unserem Land den

28 In Einzelfällen sind Papiere zu spezifischen Fragen im Zusammenhang mit neuen Technologien erarbeitet worden, so etwa vom LdU zum Problem des Datenschutzes und von der CVP zur Frage der öffentlichen Kommunikation über Satelliten.

29 Auf eine systematische Auswertung musste verzichtet werden. Diesbezüglich am weitesten ging aber unseres Wissens bisher die SPS, so etwa an ihrer Wirtschaftstagung 85 oder am Frauenparteitag des gleichen Jahres (Thema: Frau und Computer).

Parteien die andernorts übliche aufwendige Meinungsumfrage ersetzt, das plebiszitäre Thermometer, fehlt im Falle der neuen Technologien. So ist denn zu vermuten, dass die Parteien über Problembewusstsein, Einstellungen und Wünsche ihrer Klientel weit weniger wissen als in traditionellen Politikbereichen, und diese Vermutung wird in den von uns geführten Interviews auch tatsächlich untermauert. Die befragten Parteisekretäre überschätzen das Wohlwollen der Schweizer dem Computer gegenüber massiv. Während sich, wie oben erwähnt, in Wirklichkeit nur ein Viertel vom Computer mehr Vorteile als Nachteile verspricht, liegen die entsprechenden Schätzungen der Parteivertreter bei durchschnittlich 55 Prozent (zwischen 30 und 70 Prozent).

### *3. Interventionsperspektiven*

Einem zwar nicht ausgeprägten, aber deutlich steigenden Problembewusstsein steht der Umstand gegenüber, dass die Parteien über relativ geringe Analysekapazität verfügen. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass die neuen Technologien zwar als Problem erkannt, aber mangels Zeit und personeller Kapazität nicht aufgearbeitet und politisch umgesetzt werden.

Der Wille zu einem verstärkten Engagement seitens der Parteisekretariate ist vorhanden. Mit einer Ausnahme bekennen sich alle Befragten eindeutig zur Rolle der Partei als Früherkennungsinstanz<sup>30</sup> – die Parteien haben dafür zu sorgen, dass Probleme, die auf uns zukommen, in die politische Arena getragen werden –; mit wenigen Ausnahmen wird zudem selbstkritisch ein zu spätes Reagieren auf neue Probleme in der Vergangenheit konstatiert. Dass mit der sich abzeichnenden Technologieentwicklung politisch wichtige, zukunftsrelevante Fragen gestellt werden, ist zudem allgemein erkannt. Der Stellenwert des Problemfeldes neue Technologien wird sich nach Ansicht der Parteivertreter in den nächsten 10 Jahren erhöhen bzw. dürfte, wenn heute schon hoch eingeschätzt, im Vergleich zu andern politischen Themen zumindest nicht an Bedeutung verlieren. Entsprechend wachsen die an den Staat herangetragenen Aufgaben und mit ihnen wächst der politische Problemlösungsbedarf. Zwar sollte sich der Staat nach Ansicht der klaren Mehrheit der Parteisekretäre auf die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen beschränken, diese Aufgabe allein ist für die meisten Befragten aber mit zusätzlichen Anstrengungen, etwa im Bildungsbereich, verbunden.

Auf aktivere Parteien in der Zukunft schliessen lässt auch der Blick auf deren tatsächliches Verhalten in den vergangenen Jahren. Die deutlich steigende Zahl der persönlichen Vorstösse im eidg. Parlament wurde bereits erwähnt, ebenso der Umstand, dass sich in neuesten Parteiprogrammen eine

30 Für den Vertreter der PÖCH kommt diese Rolle eher nicht institutionalisierten Gruppierungen (Bürgerbewegungen) zu.

breitere Auseinandersetzung mit der Thematik abzuzeichnen beginnt<sup>31</sup>. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bezüglich der politischen Thematisierung bei Wahlen beobachten. Anlässlich der eidgenössischen Wahlen 1983 blieb das Thema neue Technologien noch weitgehend ausgespart. Wir haben sämtliche Wahlinserate in den beiden letzten Wochen vor den Wahlen in ausgewählten Tageszeitungen inhaltsanalytisch ausgewertet: Fragen im Zusammenhang mit neuen Technologien sind in einem einzigen Inserat aufgegriffen worden<sup>32</sup>.

Seither haben jedoch bei kantonalen Wahlen bereits verschiedentlich Parteien entsprechende Fragestellungen in ihren Wahlkampf aufgenommen. Zwei Fälle erscheinen uns in diesem Zusammenhang besonders erwähnenswert. Die Wahlplattform der Sozialdemokratischen Partei des Kt. Solothurn für die Kantons- und Regierungsratswahlen 1985 enthält eine relativ breite Auseinandersetzung mit neuen Technologien. In den von technologischen Entwicklungen besonders betroffenen Regionen – die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit liegt im Kanton Solothurn weit über dem schweizerischen Durchschnitt – sind die politischen Akteure auch überdurchschnittlich sensibilisiert; von hier sind wahrscheinlich mittelfristig die stärksten Impulse zu erwarten<sup>33</sup>. Noch weiter als die SP-Solothurn ging aber anlässlich der kantonalen Wahlen im letzten Jahr die FDP-Genf. Sie hat als erste schweizerische Partei bzw. kantonale Parteisektion das Thema neue Technologien zum eigentlichen Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gemacht.

## **VI. Ausblick**

Werden sich die Parteien dem Fragenkomplex neuer Technologien verstärkt zuwenden und damit ihre Funktion im Prozess der Thematisierung, Politisierung und gesellschaftlichen Verankerung neuer Probleme zu erfüllen vermögen? Die parteipolitischen Aktivitäten der letzten beiden Jahre, das über verschiedene Indizien ermittelte Problembewusstsein sowie Absichtserklärungen von Parteivertretern lassen ein stärkeres quantitatives Engagement erwarten. Skepsis bleibt allerdings bezüglich der Frage, ob das intendierte und zu erwartende Mehr genügt, um den öffentlichen Diskurs, wie wir ihn verstehen, tatsächlich in Gang zu bringen; Zweifel bestehen, ob die Parteien über die nötige qualitative Kapazität verfügen, die notwendige politische Dimension in die Diskussion zu bringen.

31 In verschiedenen Parteien sind im weiteren grundsätzliche Papiere zum Problemkreis neue Technologien in Vorbereitung. Einzelne Parteien planen nach Aussage ihres Zentralsekretärs zudem grössere Veranstaltungen, teilweise noch in diesem Jahr.

32 Ausgewertet wurden die drei Tageszeitungen 24 Heures, Bund und Tages-Anzeiger sowie der Gratisanzeiger Basler-Stab in der Zeit von 10. 10. 1983 bis 22. 10. 1983.

33 Einzelne kantonale Parteisektionen sind auch bezüglich innerparteilicher Weiterbildung schon weiter gegangen als die gesamtschweizerische Partei.



Das erhöhte Problembewusstsein erscheint nach unseren Beobachtungen weit eher als Reflex auf eine von anderer Seite initiierte Problematisierung denn als Ausdruck eines hohen eigenen Früherkennungsvermögens. Man tut, was man angesichts der wenigen, aber eben doch zunehmenden Interventionen anderer Stellen – des verstärkten Engagements des Bundes bei internationalen Forschungsprogrammen etwa – oder besonderer Notlagen in der eigenen Region tun muss bzw. tun kann. Für eine offensive und kompetente Herausforderung der Wissenschafts- und Technologieexperten fehlt es den Parteien an Zeit, Personal und materieller Kompetenz. Globalanalysen, Zukunftsperspektiven und langfristige Programme weichen notgedrungen dem Zwang der Tagespolitik.

Zu den strukturellen Hindernissen kommen Ideologiefilter. Die Feststellung, das Problembewusstsein für Fragen der neuen Technologien sei generell gewachsen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Parteien einzelnen Problemdimensionen heute noch selektiv verschliessen. Während man sich auf der einen Seite vor einer Diskussion gesellschaftlicher Folgen der Technologieentwicklung zu fürchten scheint oder diese zumindest nicht als dringend erachtet, werden auf der andern Seite mögliche Folgen zum Anlass genommen, bestehende Chancen zu verkennen und Fragen der optimalen Diffusion zu tabuisieren. Aus beiden Haltungen spricht eine zu flüchtige, parteipolitisch zu stark vorgefilterte Auseinandersetzung mit dem Problem. Die öffentliche Diskussion der Technologiefolgen ist, wie wir zu zeigen versuchten, für die spätere Technologiediffusion längerfristig funktional. Ebenso notwendig sind aber Überlegungen und Massnahmen im Hinblick auf den Anschluss der Schweiz an internationale Entwicklungen im Technologiesektor. Wer sich auf Folgediskussionen beschränkt, läuft Gefahr, von Folgen anderer Art überrollt zu werden.

Neue Herausforderungen bieten Anlass zur Rollenreflexion. Angesichts der Komplexität der Aufgabe, neue zukunftsbezogene Themen zu politisieren – Themen, die in wissenschaftlichen und technologischen Sachzwängen leicht untergehen –, müssen sich die Parteien mit der Frage auseinandersetzen, ob sie den Anspruch auf eine politische Schrittmacherrolle aufrechterhalten wollen. Wenn ja, erscheint eine Verbesserung der strukturellen Bedingungen, innerhalb der sie die Aufgabe zu bewältigen haben, unumgänglich; zu reaktivieren wären alte Postulate wie die Verstärkung der Sekretariate über eine Parteienfinanzierung und der Ausbau der wissenschaftlichen Beratungsdienste zugunsten der Parteivertreter im eidgenössischen Parlament. Wenn nein, ist die Diskussion darüber einzuleiten, wer diese Funktion in der direkten Demokratie Schweiz übernehmen könnte. Sie müsste zwischen den Parteien und den wichtigsten direkten Akteuren im Prozess der Technologieentwicklung – Wissenschaft, Technologieproduzenten und Verwaltung – geführt werden. Der vorliegende Artikel ist als Anstoss zu beiden Diskussionsebenen zu verstehen.